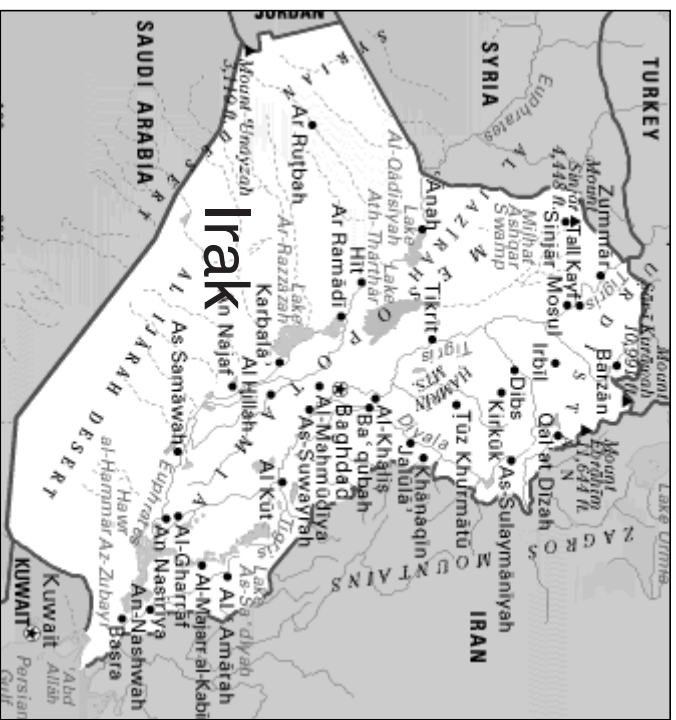




TAUWETTER

... eine franziskanische Zeitschrift



Krieg – Niederlage der Menschheit

Inhalt

IMPRESSUM

Redaktion Tauwetter

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,
Jürgen Neitzert ofm, Markus Offner, Alexa Weissmüller of,
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

Sie erreichen uns

Redaktion Tauwetter,
Albertus-Magnus-Str. 39,
53177 Bonn
Redtauwetter@aol.com

Dankeschön

Tauwetter finanziert sich ausschließlich aus Spenden.

Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der
Schöpfung“ unterstützen.

Redaktion Tauwetter

Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Konto 25 006 131

Postzeitungsdienst

Vertragspartner:
Kölnische Franziskanerprovinz e.V.
Immermannstr. 20, 40210 Düsseldorf

Editorial

4

Krieg gegen den Irak

Kriegshintergünde, zivile Alternativen,
Möglichkeiten zum Friedensengagement
Clemens Ronnefeldt

6

Die amerikanische Friedensbewegung

Clemens Ronnefeldt

19

Dokumentation

Stellungnahmen zum Irak-Konflikt

29

Franziskaner an der UNO: Irak

Fl.-Büro Genf

38

Blickpunkt: Ordensleute für den Frieden

Br. Christoph, Br. Günter ofm

43

Ökumenisches Friedensgebet

Hermann Schalück ofm

46

EDITORIAL

Wenn dieses Heft erscheint, hat der Krieg gegen den Irak schon begonnen. Alle Demonstrationen von Millionen von Menschen, alle Appelle der Kirchen, des Papstes wurden ignoriert, Gewalt hat wieder einmal die Oberhand gewonnen gegen einen friedlichen Konsens der Völkergemeinschaft. Doch es geht diesmal nicht nur um Krieg und Frieden. Eine neue Welt entsteht – doch was für eine?

Die Weltordnung bekommt durch die veränderte amerikanische Militär- und Sicherheitsdoktrin ein neues Gesicht.

Ein Gesicht, das nicht eben freundlich schaut. Ein Gesicht, das zu mancherlei Befürchtungen Anlass gibt. Die mühsam erkämpfte Rechtsordnung der Völkergemeinschaft wird aus den Angeln gehoben, die Autorität der UNO wird untergraben.

Der Stärkste wird Weltpolizist und entscheidet nach eigener Interessenlage, welche UNO-Resolutionen gewaltsam durchgesetzt werden und welche nicht.

Im polarisierten und polarisierenden Wirklichkeitsverständnis der amerikanischen Regeirung liegt wohl einer der Knackpunkte der Konflikte der Gegenwart und der Zukunft. Eine Schwarz-Weiß-Malerei nach dem Muster „Hier/wir die Guten – dort/ihr die Bösen“ verkennet die Komplexität der Wirklichkeit, will sie vermutlich bewusst verkennen, um möglichst einfache und eindeutige Feindbilder zu schaffen.

Clemens Ronnefeldt, 1991 Mitglied der Initiative „Frieden am Golf“ (siehe Tauwetter 1/1991), schildert in seinen Artikeln zum einen die Hintergründe dieser neuen Strategie der USA und des Irak-Konflikts und zum anderen die in Deutschland wenig wahrgenommene amerikanische Friedensbewegung. Der Aufruf amerikanischer Kriegsveteranen gibt davon aktuell Zeugnis.

Franciscans International hat auf der letzten Sitzung der UN-Menschenrechtskommission die Situation im Irak aus der Perspektive der Kinder beleuchtet und die Folgen des Embargos als Menschenrechtsverletzung verurteilt.

Die Stellungnahme des Papstes und der deutschen Bischöfe dokumentieren das vielfältige Bemühen der Kirchen, einen Krieg abzuwenden.

*Die Mitglieder der Tauwetter-Redaktion
wünschen allen Leserinnen und Lesern,
vor allem aber den Menschen im Irak pax et bonum –
Friede und alles Gute!*

Krieg gegen den Irak

Kriegs(hinter)gründe, zivile Alternativen und Möglichkeiten zum Friedensengagement

von *Clemens Ronnefeldt*

Am 2. Juni 2002 verlangte Präsident Georg W. Bush in einer programmatischen Rede vor Absolventen der US-Militärakademie West Point, „jeder Zeit bereit zu sein, um ohne Zeitverlust in jeder dunklen Ecke der Welt zuschlagen zu können. Unsere Sicherheit verlangt von allen Amerikanern, resolut nach vorn zu schauen und bereit für präventive Schläge zu sein, wann immer das notwendig ist, um unsere Freiheit und unser Leben zu verteidigen“. „Der Krieg gegen den Terror wird nicht in der Defensive gewonnen“, so der US-Präsident, „wir müssen die Schlacht auf dem Boden der Feinde führen, ihre Pläne vereiteln und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftauchen“. Diesen Worten lassen derzeit verschiedene grundlegende US-Militärstrategien Taten folgen.

Am 17. 7. 2002 veröffentlichte die Los Angeles Times Auszüge aus den neuesten Richtlinien zur Verteidigungsplanung (Defense Planning Guidance) für die Jahre 2004-2009. Bisher gingen die US-Militär-Planungen davon aus, zwei große Kriege an unterschiedlichen Orten gleichzeitig führen zu können, mit dem neuen Dokument wird erstmals betont, an jedem Ort der Welt „die Initiative zu ergreifen“ und mit „nicht erwarteten Angriffen“ Gegner künftig zu überraschen.

Die Geschwindigkeit, mit der die US-Führung künftige Angriffskriege als neue Art der Ordnungspolitik umsetzt, scheint derzeit Freunde (falls – von Tony Blair einmal abgesehen – überhaupt noch vorhanden) wie Feinde gleichermaßen zu überraschen und zu lähmen.

Die neue Aufteilung der Welt unter US-Kommandos

Am 1. Oktober 2002 bereits wird die Welt neu aufgeteilt. Es gibt zum ersten Mal in der Geschichte keinen Winkel der Erde mehr, der nicht unter einem der nationalen Militärüberkommandos der USA steht. Für die Verteidigung Nordamerikas wird ein militärisches Oberkommando (NORTHCOM) völlig neu eingerichtet. Die Zuständigkeit des Oberkommandos Europa (EUCOM), dem bereits jetzt der größte Teil Afrikas untersteht, wird künftig erstmals auch den ehemaligen Konkurrenten Russland umfassen, zum Pazifischen Oberkommando (PA-COM) kommt die Antarktis hinzu. Unverändert bleiben die Zuständigkeiten für Mittel- und Südamerika (SOUTHCOM) sowie für Nordostafrika, Persischer Golf, Zentralasien und Pakistan (CENTCOM).

Wie Offried Nassauer in der FR-Dokumentation am 15. 7. 02 ausführlich dargelegt hat, entsteht am 1. 10. 02 ein neues militärisches US-Machtzentrum, ein Oberkommando, dem Frühwarnsysteme und Satelliten, Raketenabwehrsysteme und strategische Angriffsraketen, strategische Mittel für konventionelle und nukleare Angriffsoptionen unterstellt werden. Washington plant eine integrierte Kommandozentrale für – auch präventive – strategische Angriffe, strategische Vergeltungsangriffe und strategische Verteidigung“.

Bereits Ende Juni 2002 fällte die US-Regierung die weit reichende Entscheidung, die beiden eh schon je für sich sehr mächtigen Oberkommandos für den Weltraum (SPACECOM) und das der Strategischen Streitkräfte (STRATCOM) in einer einzigen Behörde auf der Offut Air Force Base in Nebraska zusammenzuführen.

„Mit dem neuen strategischen Oberkommando wird einer der entscheidenden und umstrittenen Grundgedanken der jüngsten Überprüfung der Nuklearstrategie und -streitkräfte der USA, des Nuclear Posture Review, erstmals umgesetzt. Defensive und offensive Elemente werden ebenso integriert wie konventionelle und nukleare Angriffsoptionen. ... Vereinfacht: Washington will zuschlagen können, bevor es

- getroffen wurde: ... Besondere Besorgnis ruft auch die Tatsache hervor, dass präventive, nukleare Angriffe nicht ausgeschlossen werden. Das Argument: Viele potenzielle Ziele, äußerst tief unter der Erde oder in Gebirgen gelegene Bunker zum Beispiel, könnten mit konventionellen Waffen nicht gesichert zerstört werden“ (O. Nassauer, FR, 15.7.02). Als einer der ersten wies Herbert Kremp am 27.2.02 in der „Welt“ darauf hin: „Die Bush-Doktrin wird sich in ihrer Entwicklung nicht auf die Beseitigung der terroristischen Untergrundmächte und ihrer Helfer beschränken. Ihre konsequente Verfolgung impliziert die Ausweitung in drei Richtungen:
- Kontrolle der vorder- und zentralasiatischen Transferstaaten vom Kaukasus bis zum Hindukusch;
 - Verhinderung der islamistischen Machtergreifung in Saudi-Arabien;
 - Konzentration des Interesses auf den Iran, Indien und China, wo neue Macht-Agglomerationen entstehen.“
- Kremp beschleunigte der Bush-Doktrin: „Sie diktiert einen Verhaltenskodex am Rande der Unterwerfung“.

Hinter der US-Militärpolitik steht die Wirtschaftspolitik

„Wenn der irakische Diktator Saddam Hussein wissen will, wie lange er voraussichtlich noch an der Macht sein wird, dann muss er dreierlei im Auge behalten: amerikanische Meinungsumfragen, die Kurse an der Wall Street und den Sitzungskalender von Senat und Repräsentantenhaus: Denn US-Präsident George Bush wird seinen immer wieder angekündigten Angriff auf Bagdad letztlich von innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Faktoren abhängig machen“, begann Wolfgang Koydl seinen Artikel „Bereit fürs Abenteuer in Bagdad“ (Süddeutsche Zeitung, 19.7.2002).

Nach Enron- und Worldcom-Konkursen stehen Vizepräsident Cheney als ehemaliger Chef des weltweit größten Öllieferanten

„Hulliburton“ wie auch Georg W. Bush als ehemaliger Top-Manager des Öldienstleistungsunternehmens „Harken Öl“ wegen Bilanzfälschungen und ihrer Verwicklung in Insidergeschäfte in der öffentlichen Kritik.

Die Rüstungslobby als Triebfeder des Irak-Krieges

Bereits am 22. 4. 02 berichtete die Frankfurter Rundschau, dass die US-Rüstungsindustrie „einen Boom wie seit 20 Jahren nicht mehr“ erlebt und führte aus:

„Sollten die Pläne für eine Militäroffensive gegen Irak wahr werden, kann die US-Rüstungsindustrie auf weitere Wachstumsimpulse hoffen. Rüstungsaktien sind nach Einschätzung von Experten in jedem Fall auf längere Sicht eine sichere Anlage. Allein bei den vier Branchenriesen Lockheed Martin, Northrop Grumman, Raytheon und General Dynamics stiegen die Aktienwerte seit den Anschlägen vom 11. September zusammen um 44 Prozent. Nicht nur, dass der Krieg kurzzeitig die Produktion ankurbelt, indem Nachschub an Bomben, Ersatzteilen und sonstigen Rüstungsgütern geliefert werden muss. Vor allem ist es die Hoffnung auf eine längerfristige Serie lukrativer Aufträge, die die Aktienurse ‚dramatisch‘ in die Höhe schießen lassen, sagt Paul Nisbet von JSA Research, einem Forschungsinstitut der Luftfahrtbranche. Der Afghanistankrieg hat die Waffenarsenale an mancher Stelle weitgehend geleert, so dass jetzt erst einmal nachgefüllt werden muss. So weitete Boeing in St. Charles/Missouri den Schichtdienst aus, um die Produktion von JDAM-Präzisionssystemen für die ‚smart bombs‘ anzukurbeln. Derzeit sind die Vorräte so erschöpft, dass nach Meinung mancher Experten ein Angriff auf Irak gar nicht möglich wäre.“

Im zweiten Halbjahr 2002 allerdings rutschten die Aktienkurse der großen Rüstungskonzerne gewaltig in den Keller. „Offensichtlich sei, dass die Kriegshandlungen die Investitionen in die US-Rüstungsindustrie erhöhten und der Wirtschaft mehr Dynamik gäben, um aus der

bereits vor dem 11. September drohenden Rezession herauszukommen“, schrieben die katholischen Bischöfe Brasiliens Ende 2001 in ihrer Monatsanalyse (zit. nach FR, 8.12.01).

Die US-Wirtschaft: Ein Koloss auf tönernen Füßen

Die neuen geplanten US-Präventivkriege werden vielleicht noch einige Jahre den Niedergang der US-Wirtschaft hinauszögern können und etliche tausende unschuldiger Opfer nach sich ziehen; ohne eine grundlegende Reform der US- wie auch der gesamten Weltwirtschaft wird der wirtschaftliche Niedergang der einzigen Weltmacht wohl kaum noch aufzuhalten sein.

Der Spiegel erschien am 8.7.02 mit dem Aufmacher „Der neue Raubtierkapitalismus – Mit Gier und Größenwahn in die Pleite“, in dem Parallelen zwischen 1929 und 2002 hergestellt wurden. Der Titel beschreibt m. E. zutreffend die derzeitige Verfassung der US-Wirtschaft. Einer der führenden US-Ökonomen, Paul Krugman, erklärte Anfang 2002, dass sich die Enron-Pleite einmal rückblickend als bedeutsamerer Wendepunkt für die US-Gesellschaft erweisen würde als der Einsturz des World Trade Centers. Wilfried Wolf wird nicht müde, immer wieder auf die Grunddaten der US-Wirtschaft hinzuweisen, so z. B. in seinem Beitrag „Terror der Ökonomie“ (junge Welt, 27./28.7.02):

Obwohl die USA weltweit rund die Hälfte aller Auslandsdirektinvestitionen tätigen, sieht es in der Gesamtschau derzeit sehr düster aus:

- Nach fünf Jahren Haushaltsplus wird das am 30.9.02 endende US-Wirtschaftsjahr mit einem Minus von 165 Milliarden US-Dollar schließen.
- Die per Gesetz auf 5590 Milliarden Dollar festgelegte Obergrenze für die öffentliche Verschuldung musste im Juni 2002 – mit Verweis auf höhere Gewalt – angehoben werden.

- Die Schulden der privaten Haushalte liegen aktuell bei 108 Prozent des Bruttoinlandproduktes, was einen Spitzenwert innerhalb der OECD-Staaten darstellt.
- Das Nettovermögen der privaten Haushalte, bereinigt um die Inflation, sank von einem Spitzenwert im ersten Quartal 2000 bis zu seinem vorläufigen Tiefpunkt im 3. Quartal 2001 um 12,3 Prozent oder umgerechnet ca. 400 Milliarden Dollar, was 40 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht.

Wegen der weltweiten Konjunkturschwäche und der Abwertung des Dollars vergrößerte sich das US-Leistungsbilanzdefizit im ersten Quartal 2002 auf ein Rekordminus von 112 Milliarden Dollar. Schon seit vielen Jahren krankt die US-Wirtschaft daran, dass sie unverhältnismäßig mehr Waren importiert als exportiert.

- Japanische Anleger halten rund ein Drittel aller US-Staatsanleihen. Hält die Krise in Japan weiter an und wird dieses Kapital in Zukunft entweder an der asiatischen Heimatfront oder im zunehmend lukrativeren Euroland angelegt, gerät die US-Wirtschaft noch tiefer ins Trudeln.

Während der US-Verteidigungshaushalt bis 2007 auf die astronomische Summe von 451 Milliarden US-Dollar angehoben werden soll, erwägen 17 US-amerikanische Bundesstaaten, die Schulwoche auf vier Tage zu reduzieren, weil sie die Lehrkräfte nicht mehr bezahlen können.

Zusammenfassung der wichtigsten Gründe für den Irak-Krieg

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, warum große Teile der US-Regierung diesen Krieg trotz aller Risiken und möglicher Verluste an Menschenleben führen möchten:

1. Der Machtwechsel in Bagdad bringt US- und britische Ölfirmen ins Geschäft.
2. Die Abhängigkeit der USA von Saudi-Arabien sinkt, die eh schon geschwächte OPEC verliert weiter an Bedeutung.

3. Die US-Machtfülle weltweit wächst; Europa, China, Japan, Indien und Russland werden auf Jahre hin als potentielle Konkurrenten geschwächt, die US-Hegemonie gestärkt.
4. US- und britische Soldaten in der Golfregion werden künftig nicht mehr von irakischen Massenvernichtungswaffen bedroht.
5. Die staatliche irakische Unterstützung für palästinensische Selbstmordattentäterfamilien entfällt nach einem Regimewechsel, ebenso erhöht sich nach Ansicht der israelischen Führung die Sicherheit Israels.
6. Die US-Rüstungs- und Ölindustrie wird gefördert und hilft der US-Wirtschaft mit ihrem riesigen Außenhandelsbilanzdefizit und der weltweit höchsten Staatsverschuldung aus der Krise.
7. Der Krieg wird andere Staaten der Region – insbesondere die erdöl-reichen Nachbarländer Iran und Saudi-Arabien – von einer US-feindlichen Politik abhalten, weil diese sonst ebenfalls angegriffen würden; der gesamte Nahe und Mittlere Osten soll neu „gestaltet“ werden.
8. Georg W. Bush vollendet das Werk seines Vaters und rächt den von US-Seite behaupteten Mordversuch Saddam Husseins an Georg Bush senior bei dessen Truppenbesuch in Kuwait 1993.
9. Der Krieg gegen Irak lenkt vom Misserfolg in Afghanistan und der Nichtergriffung Osama bin Ladens ab.
10. Ein schneller Sieg und Regimewechsel in Bagdad erhöht die Wiederwahlchancen von Georg W. Bush bei der Präsidentenwahl 2004.
11. Der Druck der religiös-fundamentalistischen Kräfte in den USA – zu denen Präsident Georg W. Bush selbst gehört –, die davon überzeugt sind, dass Nordamerika den missionarischen Auftrag zur weltweiten „Demokratisierung“ der Erde und zum Kampf gegen das Böse erhalten hat, ist enorm hoch.
12. Nach mehr als einem Jahr Ankündigung des Irak-Krieges kann die US-Führung kaum noch ohne Ansehensverlust zurück.

Michael Ehrke von der Friedrich-Ebert Stiftung kommt in seiner Analyse und Bewertung der wichtigsten Kriegsgründe zu zwei zentralen Aspekten:

„Politisch-strategisch (...) könnte Irak zum ersten Anwendungsfall der Bush-Doktrin werden, zum Exempel einer neuen Form globaler amerikanischer Dominanz. ... Politisch-Ökonomisch geht es ums Öl, um eine Auseinandersetzung zwischen amerikanischen, französischen, russischen und chinesischen Interessen als auch zwischen Erdölkonsumenten und nahöstlichen Produzenten“ (FR-Dokumentation vom 6.2.2003).

Zivile Alternativen und Friedenslösungen

Ansätze für die Lösung der Israel-Palästina-Frage

Ohne eine Lösung des Israel-Palästina-Konfliktes werden alle weiteren Friedensbemühungen in der Region Naher und Mittlerer Osten kaum tragfähig werden.

Felix Neugart und Christian-Peter Hanelt von der Bertelsmannstiftung/CAP haben in einem Strategiepapier, auszugsweise dokumentiert in der Frankfurter Rundschau am 24.1.03 unter der Überschrift „Nur ein externer Akteur kann noch Fortschritte bringen“, substantielle Vorschläge für Friedenslösungen formuliert:

„Die Umrisse einer langfristigen Lösung sind aus den Vorschlägen und Ideen, die in dem Zeitraum zwischen Camp David (Juli 2000) und Taba (Januar 2001), einschließlich der Clinton-Vorschläge (Dezember 2000), diskutiert wurden, deutlich erkennbar. In Taba war der EU-Vermittler für den Nahen Osten, Miguel Moratinos, sogar der einzige Zeuge einer dritten Partei, der den Verhandlungen beiwohnte und ein Protokoll über die Diskussionen führte. Der Text dieses Dokuments zeigt die Annäherung der Positionen in vielen Schlüsselfragen und skizziert in weiten Teilen ein mögliches Endstatusabkommen. Auch wenn nicht in

allen Bereichen eine Einigung erreicht wurde, lassen sich folgende Bausteine eines langfristigen Ausgleichs benennen

- Die Gründung eines palästinensischen Staates in 94 bis 97 Prozent der Westbank und dem gesamten Gaza-Streifen. Die übrigen drei bis sechs Prozent, die die wichtigsten Siedlungsblöcke mit ungefähr 80 Prozent der Siedlerpopulation beinhalten, werden von Israel annektiert, wobei die Palästinenser mit einem adäquaten Stück israelischen Territorium kompensiert werden. Die Grenzzone des Jordantals wird nach einer Übergangszeit Teil des palästinensischen Staates werden, wobei israelische Frühwarnstationen bestehen bleiben können.
 - Zwei Hauptstädte in Jerusalem. Das jüdische West-Jerusalem wird die Hauptstadt Israels bleiben, während das arabische Ost-Jerusalem die Hauptstadt des neuen palästinensischen Staates wird. Die Palästinenser werden die Souveränität über den Haram-Al Scharif/Tempelberg-Bezirk erhalten, während Israel die jüdischen Stadtteile jenseits der grünen Linie einschließlich des jüdischen Viertels der Altstadt und der Klagemauer (mit Zugang durch das armenische Viertel) behalten wird.
 - Die Rückkehr der Mehrheit der Flüchtlinge in den neuen palästinensischen Staat oder deren Einbürgerung in einem Gastland. Nur einer kleinen Zahl wird aus humanitären Gründen die Rückkehr nach Israel in den Grenzen von 1948 erlaubt werden“.
- Trotz Mauerbaus sowie der aus den jüngsten Wahlen gestärkt hervorgegangenen Position Ariel Scharons sind die oben genannten Punkte immer noch Grundlage jeglicher Fortschritte im Nahen Osten und Mittleren Osten.

Ansätze für die Lösung der Irak-Frage

In der Studie „Präventivkrieg als Ausweg“ der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin vom Juni 2002 beschreibt Peter Rudolf im letzten Kapitel die „Robuste Eindämmung“ Iraks als „Alternative zum Krieg“:

„Ein ausgefeiltes Überwachungssystem kann die Fortführung der A-, B-, und C-Waffen-Programme erschweren und verzögern, wie die Erfahrungen mit den früheren Inspektionen zeigt. Im nuklearen Bereich konnte das so genannte Action Team der Internationalen Atomenergieorganisation ein klares Bild der irakischen Aktivität vor dem Golfkrieg erstellen. Tausende von Inspektionen ohne Ankündigung in mehr als 300 Einrichtungen zwischen 1994 und 1998 und die neu entwickelten Verifikationstechnologien ließen dem Irak keine Chance, die Arbeit an Nuklearwaffen systematisch wieder aufzunehmen. ...“

Weitere Schritte in Richtung eines effizienteren und besser überwachten Sanktionsregimes mit größerer internationaler Akzeptanz sind möglich und sinnvoll, ohne dass die Kontrolle der VN über die Öl-Exporte aufgegeben werden muss. Dazu gibt es eine Reihe von Vorschlägen.

Dies wäre erstens die Genehmigung von Investitionen in der irakischen Ölindustrie. Ein solcher Schritt käme den Interessen Russlands, Chinas und Frankreichs entgegen.

Gleichzeitig würden sich über eine Ausweitung der Förder- und damit der Exportmöglichkeiten die finanziellen Möglichkeiten für die Einfuhr ziviler Güter erhöhen. Zweitens könnten die Erlöse aus dem Ölgeschäft auch dazu eingesetzt werden, einheimische landwirtschaftliche Produkte zu kaufen, denn große Mengen an Nahrungsmitteln führen unter dem Öl-für-Nahrungsmittel-Programm haben für die irakischen Bauern die Produktionsanreize verringert. Drittens könnten ausländische Investitionen in der irakischen Wirtschaft in größerem Umfang erlaubt werden, wobei sichergestellt werden müsste, dass sie

nicht der Rüstungsproduktion zugute kämen. Viertens wäre an ein Ver- fahren zu denken, mit dem der Irak seine Auslandsschulden (bei Russ- land und Frankreich) abgetten könnte. Fünftens wäre das Verbot von Flügen in den Irak aufzuheben (das ohnehin eine eigenartige Interpre- tation der sich auf ‚cargo‘-Flüge beziehenden Sicherheitsratsresolution 670 ist) und allen Irakern, die nicht eng mit dem Regime verbunden sind, den Kontakt mit dem Ausland zu ermöglichen. Gleichzeitig wären die privaten Auslandsvermögen der irakischen politischen Elite einzu- frieren ... Festzuhalten ist: Die Möglichkeiten für eine robuste Eindäm- mungspolitik mit internationaler Akzeptanz sind noch nicht ausge- reizt“. Soweit Peter Rudolf.

Ebenfalls mit konkreten Friedensvorschlägen befasst sich das bereits erwähnte Strategiepapier von Felix Neugart und Christian-Peter Hanelt:

„Die EU sollte daher eine Strategie erarbeiten, die als glaubwürdi- ge Alternative zu den Plänen der Falken in Washington bestehen kann. Diese würde auch von moderaten Stimmen in der amerikanischen öffentlichen Diskussion dankbar aufgenommen werden.

Die EU sollte – in kritischer Distanz zu einem Regimewechsel mit- tels unilateraler militärischer Gewalt – in einem weiteren Schritt Bedin- gungen für die Reintegration Iraks in die internationale Gemeinschaft und die Unterstützung beim notwendigen Wiederaufbau des Landes erarbeiten. Diese könnten beispielsweise umfassen: (1) Erhalt Iraks als integraler und souveräner Staat; (2) substanzialer Fortschritt bei der Einrichtung demokratischer Institutionen, Auflösung der Repressions- instrumente und Meinungsfreiheit; (3) Föderalismus oder Dezent-rali- sierung, aufbauend auf der Anerkennung von Minderheitenrechten und der Aufteilung der Einnahmen aus dem Öllexport; (4) Anerkennung der territorialen Integrität der Nachbarstaaten und Verpflichtung zur friedlichen Konfliktlösung und (5) Aufgabe des Erwerbs von Massenver- nichtungswaffen sowie Senkung der Rüstungsausgaben.

In diesem Zusammenhang müsste auch über Initiativen nachge- dacht werden, die eine Öffnung der seit über einem Jahrzehnt isolierten irakischen Gesellschaft stimulieren, beispielsweise durch kulturelle Austauschprogramme“ (FR, 24.1.03).

Die Einberufung einer Konferenz zur ABC-Waffenabrüstung, die alle Staaten der Region – inklusive Israel und seiner Atomwaffen – umfasst, könnte zu einem regionalen Friedens- und Stabilitätspakt nach Vorbild der KSZE/OSZE führen. Die Initiative dazu könnte z.B. der Generalsekretär der arabischen Liga mit Unterstützung des UN-Ge- neralsekretärs ergreifen. Die EU und andere Akteure könnten den Prozess von außen begleiten und unterstützen.

Eine der wirkungsvollsten Maßnahmen zur Deeskalation der Regi- on hin zu einer Friedensordnung wäre die Einstellung sämtlicher Rüstungsexporte in die Region sowie der konsequente Ausbau erneuer- barer Energien in den westlichen Industriestaaten zur Verringerung der Abhängigkeit vom ölreichen persischen Golf.

*Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen
beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.
Ortsstr.13, 56288 Krastel*

Literaturhinweise

Clemens Ronnefeldt, *Die neue NATO, Irak und Jugoslawien*, mit einem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz, 195 S., 2. Auflage, Minden 2002 (bestell- bar für 9,50 Euro incl. Porto und Versand nur über die Geschäftsstelle des Versöhnungsbundes, www.versoenhungsbund.de, e-mail: Geschaeftsstelle@versoenhungsbund.de, Tel. 05 71 / 85 08 75

Rüder Göbel, Joachim Guilliard, Michael Schiffmann (Hg.), *Der Irak. Ein belagertes Land*, 2. Auflage, Köln 2002.

Bernd W. Kubbig (Hrsg.), *Brandherd Irak*. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt 2003.

William Rivers Pitt, *Krieg gegen den Irak*. Was die Bush-Regierung verschweigt, (Interview mit Scott Ritter), 2002.

Volker Perthes, *Geheime Gärten. Die neue arabische Welt*, Berlin 2002.

August Pradetto (Hrsg.), *Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA 2002*, Studien zur Internationalen Politik, hrsg. vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, Heft 1/2003.

Andrea Szukala und Thomas Jäger, *Die innenpolitische Steuerung der amerikanischen Irak-Politik*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2003, S. 37–48.

Ferhad Ibrahim, *Iran und Irak in der II. Phase des amerikanischen Krieges gegen den Terror*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/2002, S. 31–38.

Peter Rudolf, *Präventivkrieg als Ausweg*, SWP-Studie (S 23) der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002.

Jürgen Wagner, *Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor*, Hamburg 2002

James H. Hatfield, *Das Bush-Imperium. Wie Georg W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde, mit einem Vorwort von Jean Ziegler*, 3. Auflage, Bremen, 2002.—Thierry Meyssan. 11. September 2001. Der inszenierte Terrorismus. Auftakt zum Weltenbrand?, Kassel 2002.

Michel Chossudovsky. *Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut und der Krieg*, 11. Auflage, Frankfurt 2002.

Die amerikanische Friedensbewegung

von Clemens Ronnefeldt

Die US-Friedensbewegung macht gegen den Irak-Krieg mobil

„Nur noch das amerikanische Volk selbst kann diesen Krieg stoppen“, zitierte die Frankfurter Rundschau (26.10.02) ein US-Friedensplakat im ihrem Magazin, das sich ganzseitig der US-Friedensbewegung widmete. Nachdem die erste Hälfte der Amtszeit Georg W. Bush's vorüber ist, beginnt der Wahlkampf für die US-Präsidentenwahl im nächsten Jahr. Vor diesem Hintergrund kommt der Stärke der US-Friedensbewegung enorme Bedeutung bei der Beendigung des bereits begonnenen Irakkrieges und der Verhinderung seiner Ausweitung zu. Allein in den ersten beiden Wochen des Oktober 2002 zählte das unabhängige Institut für politische Studien in Washington landesweit 400 verschiedene Anti-Kriegsveranstaltungen.

Protestwelle im Oktober 2002

Noch vor der Entscheidung im US-Kongress, der Präsident Bush am 10. 10. 02 mit einer breiten Mehrheit freie Hand für einen Krieg gegen Irak gab, demonstrierten Mitglieder der US-Friedensbewegung in vielen Städten der USA.

Als Georg Bush z.B. am 7. 10. 02 in Cincinnati sprach, versammelten sich rund 1.000 KriegsgegnerInnen vor dem Gebäude. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift „Krieg ist das Versagen der Politik“ und blockierten nach der Bush-Veranstaltung den Verkehr in der Stadt.

Am Wochenende zuvor waren in New York etliche tausend Menschen dem Aufruf der Kampagne „Not in our name“ gefolgt. Am 15.10.02 erschien eine ganzseitige Anzeige gegen den Irak-Krieg in mehreren großen US-Tageszeitungen. Sie war unterzeichnet von 200 UnternehmerInnen, darunter dem CNN-Gründer Ted Turner sowie dem Schauspieler und Unternehmer Paul Newman.

Die InitiatorInnen der Organisation „Truemajority.com“ – die wahre Mehrheit – konnten bereits bis Oktober 2002 mehr als 35.000 Mitglieder zählen, darunter 400 führende Geschäftsleute, die sich ebenfalls öffentlich gegen den Krieg aussprechen.

Einzelaktionen wie die des Hollywood-Schauspielers Sean Wood, der allein für eine Annonce in der Washington Post mit heftiger Kritik an der US-Regierung 56.000 US-Dollar bezahlt hatte, fanden ein lebhaftes Echo.

In US-Großstädten fanden Ende Oktober 2002 zahlreiche Kundgebungen unter dem Motto „Den Krieg verhindern, bevor er beginnt“, statt, die von einem breiten Bündnis mit dem Namen „Answer“ (Act now to Stop War and End Racism) vorbereitet und durchgeführt wurden.

In Washington sagte vor – von den Veranstaltern geschätzten – 200.000 DemonstrantInnen der fühlere US-Justizminister Ramsey Clark, es sei „Zeit, das Regime zu wechseln – aber hier, in Amerika“ (zit. nach junge Welt, 28.10.02). Neben Clark gehörte der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson zu den prominentesten RednerInnen, ebenso die Schauspielerin Susan Sarandon. Transparente zeigten Slogans wie „Stoppt den Krieg, bevor er beginnt“, „Lasst Bush fallen statt Bomben“ oder „Geld für Arbeit, nicht für Krieg“.

Nachdem einige US-Medien die TeilnehmerInnenzahlen der Demos eher untertrieben hatten, intervenierte die medienkritische Gruppe FAIR (Fairness and Accuracy in Reporting). Es gelang ihr, dass

z.B. die New York Times die Stärke der US-Friedensbewegung „nach oben hin“ korrigierte: „Nach zahlreichen Leserbriefen, Anrufen und Emails an die Redaktion musste die Zeitung am vergangenen Mittwoch ihre Berichterstattung korrigieren und eingestehen, dass die Proteste Ausdruck einer gestärkten Anti-Kriegsbewegung sind“, berichtete die junge Welt am 2/3. 11. 02.

Protestwelle im Januar 2003

Die Einschätzungen über die Großdemonstration in Washington am 18.1.2003 gingen weit auseinander: Die Polizei sprach in ihrer offiziellen Schätzung von 30.000 bis 50.000 TeilnehmerInnen, die „junge Welt“ übernahm die Zahl etlicher Nachrichtenagenturen, die sich auf Veranstalter-schätzungen stützte, von 500 000.

Die „taz“ wollte sich nicht festlegen und begann ihren Beitrag mit der größtmöglichen Spannweite: „Am Samstag haben in der US-Hauptstadt rund 30.000 bis 500.000 Menschen vor allem gegen einen drohenden Irak-Krieg und die Außenpolitik von Präsident Georg W. Bush demonstriert“. Die Wahrheit dürfte irgendwo dazwischen gelegen haben. Der Streit über die Höhe der TeilnehmerInnenzahlen überschattete teilweise das eigentliche Anliegen der Antikriegsbewegung.

Während die „junge Welt“ auf der Titelseite mit dem Aufmacher erschien: „Friedensbewegung in USA so stark wie nie“, überschrieb die „taz“ ihren Beitrag: „Kriegsproteste in Washington. An der Demonstration am Samstag nahmen weniger Menschen als erhofft teil“.

Im Unterschied zu den Demonstrationen im Frühjahr und Herbst 2002 hielt im Januar 2003 möglicherweise auch eisige Kälte viele DemonstrantInnen vom Marsch nach Washington ab. Auffällige Transparente trugen Slogans wie „Give Inspectors a Chance“, „UN-Action not US over reaction“ oder „money for jobs not war“. Die Januar-Demonstration war von einem breiten politischen Bündnis getragen, das – im Gegensatz zu den Großkundgebungen 2002 – weit in die bürgerliche

Mitte reichte. Waren es 2002 vor allem linke Friedensaktivistinnen, kamen zum Martin-Luther-King Gedenktag am 18. 1. 03 „neben Spartakisten, Gewerkschaftler, christliche Friedensgruppen und viele Familien mit Kindern“ (taz, 20.1.03). Auffällig war die Abwesenheit der demokratischen Opposition. Aufgerufen hatte, wie schon im Oktober 2002, das Bündnis „answer“, das sich als Aktionsnetzwerk nach dem 11. 9. 01 gegründet hatte.

Proteste von Städten und Friedensbündnissen in den USA

„Stadttrat von Chicago hält Präventivkrieg für falsch“ titelte die FR am 18. 1. 03. Der Stadttrat von Chicago hatte sich in einer Resolution gegen einen ‚vorbeugenden Militärangeriff‘ auf Irak ohne den Beweis ausgesprochen, dass von Bagdad wirklich eine Bedrohung für die USA ausgehe. Damit folgte der Magistrat der drittgrößten US-Stadt ähnlichen Resolutionen von Städten wie San Francisco, Seattle, Ithaca (Bundesstaat New York) und Kalamazoo (Michigan). ‚Wir wollen nicht, dass unsere Jungen und Mädchen in den Krieg ziehen‘, sagte die Ratsvorsitzende Dorothy Tillman.

„Iraq Peace Pledge“ nennt sich ein breites Bündnis der Quäker-Organisation American Friends Service Committee, Education for Peace in Iraq Center, Fellowship of Reconciliation (US-Zweig des Versöhnungsbundes), Lutheran Peace Fellowship, National Network to End the War Against Iraq, Pax Christi USA, Peace Action sowie „Voices in the Wilderness“. In einer Selbstverpflichtung mit dem Namen „Iraq pledge of resistance“ verpflichteten sich alle UnterzeichnerInnen der Erklärung, im Falle einer Kampftruppenverlegung US-amerikanischer Einheiten und anderer offensichtlicher Schritte hin zu einer Eskalation, sich an Aktionen zivilen Ungehorsams vor US-Militäreinrichtungen zu beteiligen. Kontakt: www.peacepledge.org. Einer der wichtigsten Motoren der US-Friedensbewegung ist das Internationale Aktions Zentrum (IAC) in Washington. Der Direktor des Zentrums, Brian Becker, verbreitete bereits im

Sommer 2002 einen Aufruf mit dem Inhalt, es sei ein „Muss für alle fortschrittlichen Arbeiter- und Antikriegsorganisationen, den angekündigten Krieg zu stoppen“. Kontakt: www.iacenter.org

Kirchen gegen den Krieg

Neben den Gewerkschaften stellen die Kirchen in den USA eine erhebliche gesellschaftliche Kraft dar. Einerseits sind es gerade religiöse Fundamentalisten, – zu denen der US-Präsident selbst gehört – die in einem Gut-Böse-Schema die Welt aufgeteilt haben, andererseits melden sich fast täglich neue Stimmen offizieller Kirchengremien gegen den Irakkrieg.

Zu Ihnen gehören die Mennonitische Kirche, die Lutherische Kirche Americas (www.elca.org), der Nationale Rat der Kirchen Christi in den USA (www.nccusa.org), die Presbyterianische Kirche der USA (www.pcusa.org), die Vereinigte Kirche Christi in den USA – zum Beispiel mit ihrer Erklärung „20 Wege, den Krieg im Irak zu beenden“ (www.ucc.org) – und die die Katholische Bischofskonferenz (www.usccb.org). Ihre Vollversammlung hatte bereits im November 2002 mit 228 zu 14 Stimmen eine Erklärung gegen den Irakkrieg verabschiedet. Gerade Mönche und Nonnen sowie andere engagierte Christen sind derzeit an Aktionen zivilen Ungehorsams vor US-Militärstützpunkten an vorderster Stelle im Einsatz.

US-Friedensdelegationen im Irak

Der Ex-US-Marine Ken Nichols O’Keefe, der noch 1991 im Golfkrieg auf Seiten der Alliierten gegen Irak gekämpft hatte, startete von London aus zunächst eine Reise durch mehrere europäische Länder, bevor er sich auf den Weg in den Irak machte. Dort besuchte er Krankenhäuser, wohnte in irakischen Familien möchte mit seinem Einsatz einen Beitrag zur Verhinderung des Krieges leisten. Kontakt: www.uksociety.org

„Angehörige von Opfern der Terroranschläge vom 11.9. sind nach Bagdad gereist, um für eine friedliche Beilegung der Irak-Krise einzutreten. Die vier US-Bürger seien in dieser Zeit großer Bedrohung nach Irak gereist, um ihrer Hoffnung Ausdruck zu geben, dass Krieg und Gewalt ein Ende nehmen“, erklärte der Verband, Familien des 11. September für ein friedliches Morgen am Mittwoch (8.1.03). Als Ort für ihre Pressekonferenz wählte die Gruppe die Ruinen eines Luftschutzbunkers, in dem beim Golf-Krieg 1991 fast 400 Zivilisten durch US-Bomben getötet worden waren“, berichtete die FR am 9.1.03.

Die US-Friedensgruppe „Voices in the wilderness“, die seit vielen Jahren Reisen in den Irak durchführt und z.B. eine Strafanzeige über 120.000 Dollar bekam, weil ihre Mitglieder Kinderspielzeug und Medikamente nach Bagdad brachte und damit angeblich gegen das Embargo verstieß, gründete das „Iraq Peace Team“. Seit Herbst halten sich MitarbeiterInnen dieses Teams im Irak auf, um eine Eskalation des bereits begonnenen Krieges zu verhindern. Mit ihrem Einsatzwollen sich die Mitglieder sowohl die Bevölkerung als auch lebenswichtige Einrichtungen schützen und auch im Falle eines massiven US-Bombardements im Lande ausharren. Zur Gruppe gehören auch die „Veterans for Peace“ wie z. B. Ted Sexauer, Hubschraubertarnt im Vietnamkrieg.

Während das Engagement von Voices in the wilderness und ihrer Sprecherin Kathy Kelly weltweit auf Respekt und Anerkennung zum Teil auch bei politischen Gegnern stößt, porträtierte der deutsche „Spiegel“ sie und ihre Gruppe in einer Überschrift als „Schlachtenbummler“ (Der Spiegel, 9.12.02).

Kontakt: www.nonviolence.org/vitw oder
www.iraqpeaceatteam.org/index.html

Aufbau diplomatischen Druckes zur Kriegsverhinderung

Über Internet fordern Vorstände verschiedener US -Friedensorganisationen ihre Mitglieder auf, den drei ständigen Mitgliedern im Weltsekreteriat Frankreich, Russland und China Emails oder Faxe zu senden mit der Botschaft: „Bitte stimmen Sie keiner UN-Resolution zu, die zu militärischer Gewalt ermächtigt“.

Das eingangs des Artikels erwähnte ganzseitige Porträt der US-Friedensbewegung im Magazin der FR schloss mit dem Satz: „Ganz allein kann die amerikanische Friedensbewegung ihren Präsidenten wahrscheinlich eben doch nicht stoppen“. Deswegen ist ihre Unterstützung gerade aus Europa – und insbesondere aus Deutschland – extrem wichtig.

Möglichkeiten zu Protest und Widerstand in Deutschland

„Justiz prüft Klagen wegen der Vorbereitung eines Angriffskriegs. Generalbundesanwalt Nehm muss sich mit mehreren Strafanzeigen gegen den Bundeskanzler befassen“, titelte die FR am 11.1.03. Weitere Strafanzeigen können beim Generalbundesanwalt gestellt werden.

„Not in our name – kein Krieg gegen den Irak!“ lautet nicht nur eine Initiative in den USA, sondern auch eine Kampagne der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW). Bei der IPPNW-Geschäftsstelle in Berlin können Postkarten an Präsident Bush und Bundeskanzler Schröder sowie Flugblätter zum Thema „Kollateralschaden“ bestellt werden: Kontakt: IPPNW Berlin, Tel. 030-698 07 40, Fax: 030-69381 66.

An vielen US-Militärstützpunkten fanden bereits Demonstrationen statt, an einigen auch Sitzblockaden (Rhein-Main-Airbase/Frankfurt, EUCOM/Stuttgart), Neben Stutgart Vaihingen, Ramstein, Rhein-

Main Airbase Frankfurt, Spangdahlem, Heidelberg, Wiesbaden, Kaiserslautern, Würzburg, Grafenwöhr, Mannheim und Böblingen, wo jeweils US-Soldaten stationiert sind, die mit in den Irak-Krieg involviert werden, stellen vor allem deutsche Häfen, wo Kriegsmaterial verladen wird, symbolische Orte für Protest – und Widerstandsaktionen dar. Kontakt: www.resisttheward.de, Friedenskooperative, Tel. 02 28 / 69 29 04 oder -05; Fax 02 28 / 69 29 06

Aus deutscher Sicht sind besonders die in Geilenkirchen bei Aachen stationierten AWACS-Einheiten betroffen. Dort riefen am 25.1.03 nach einer Protestkundgebung Mitglieder der Friedensbewegung durch einen Handzettel die Soldaten der Kaserne auf, sich nicht an dem Krieg gegen Irak zu beteiligen. Kontakt: Armin Lauven, Tel. 02 28 / 931 98 09 oder Martin Singe, Tel. 02 28 / 26 46 15.

Im Dezember 2002 reisten sieben Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes auf Einladung des Mittelöstlichen Rates der Kirchen in den Irak. Sie sind bereit, Veranstaltungen durchzuführen und über ihre Erfahrungen zu berichten. Kontakt: Versöhnungsbund-Geschäftsstelle: Tel. 05 71 / 85 08 75, Fax 05 71 / 829 23 87

Die beiden großen Kirchen in Deutschland, ebenso die historischen Friedenskirchen, haben sich eindeutig gegen den Krieg positioniert. Sie rufen zu Mahnwachen, Friedensgottesdiensten und der Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen auf, ebenso wie zahlreiche Gewerkschaften.

Am 15.2.2002 wird eine Großdemonstration gegen den Irak-Krieg in Berlin stattfinden, zu der ein breites Bündnis von Friedensorganisationen aufgerufen hat. Kontakt: www.15februar.de

Nachwort: Gerechtigkeit schafft Frieden

Im Dezember 1987 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine grundlegende Resolution, die den Terrorismus verurteilte und die Nationen dazu aufrief, ihn mit aller Macht zu bekämpfen. 153 Länder votierten bei der Abstimmung mit „Ja“, Honduras enthielt sich, die USA und Israel stimmten mit „Nein“. Ihre Ablehnung begründeten die beiden Länder mit der Passage dass „das aus der UN-Charta abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von den Bestimmungen dieser Resolution unberührt bleibt, und Völker, denen dieses Recht gewaltsam vorenthalten wird ... insbesondere Völker unter kolonialen und rassistischen Regimes und fremder Besatzung oder anderen Formen kolonialer Herrschaft ... das Recht haben, darum (in Übereinstimmung mit der Charta und anderen internationalen Rechtsprinzipien) zu kämpfen und Unterstützung zu fordern und zu erhalten“ (zit, nach: Noam Chomsky, *The Attack. Hintergründe und Folgen*, Hamburg 2002, S. 55).

Die UN-Resolution achtete auf die wichtige Unterscheidung zwischen Terrorismus einerseits und dem berechtigten Protest und Widerstand in Situationen von Unterdrückung, Unrecht und Gewalt andererseits. Genau diese Unterscheidung wird derzeit im so genannten „Krieg gegen den Terror“ aufgehoben.

In ihrem Hirtenwort „Gerechter Friede“ haben die katholischen deutschen Bischöfe einige bemerkenswerte Aussagen gemacht: „Es wäre fatal, wenn die Länder des Nordens ihre vordringliche Aufgabe darin sähen, sich vor den Armen, die in besonderer Weise der Erfahrung von Not, Gewalt und Unfreiheit ausgesetzt sind, zu schützen statt ihnen beizustehen“ (S. 80).

Weiter heißt es: „Die Solidarität mit den Armen ist Teil unseres kirchlichen Engagements. ... Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Stärkung der Armen ruft ihrerseits in vielen Fällen gesellschaftliche Konflikte hervor. Denn wenn bestehende Machtverhältnisse

in Frage gestellt werden, trifft dies regelmäßig auf den Widerstand der bislang Mächtigen und Privilegierten“ (S.97). Mit dem Satz „Wir verteidigen unsere Art zu leben, und das ist unser gutes Recht“ (FR, 17.10.01) versuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder die deutsche Beteiligung am so genannten „Anti-Terror-Krieg“ zu rechtfertigen.

So lange in der UN-Charta das Recht jedes Menschen auf ein Leben in Würde festgelegt ist, gehört es zu den vordringlichsten Aufgaben einer Demokratie, die Art des westlichen Lebensstils so zu korrigieren, dass damit nicht mehr Hunger, Verelendung, Umweltzerstörung, Unterdrückung, Krieg und Tod für einen Großteil der Menschheit in anderen Kontinenten verbunden ist.

DOKUMENTATION

„Krieg ist Niederlage der Menschheit“

Ansprache Papst Johannes Pauls II. an die Botschafter

In einer dramatischen Ansprache an alle beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter hat Papst Johannes Paul II. am Montag, den 13. Januar 2003 die politischen Führer der Staaten weltweit ermahnt, die Menschheit vor dem drohenden Abgrund eines Krieges zu bewahren. Nachfolgend die entscheidenden Passagen der Rede.

(...) Niemals wie zu Beginn dieses Jahrtausends hat der Mensch empfunden, wie gefährdet die Welt ist, die er selbst gestaltet hat.

2. Ich bin persönlich zutiefst beeindruckt vom Gefühl der Angst, das viele Zeitgenossen bewegt. Ein heimtückischer Terrorismus, der immer und überall zuschlagen kann; das ungelöste Problem des Nahen Ostens mit dem Heiligen Land und dem Irak; die Unruhen in Südamerika, besonders in Argentinien, Kolumbien und Venezuela; die Konflikte, die zahlreiche afrikanische Länder davon abhalten, ihre eigene Entwicklung voranzutreiben; die Krankheiten, die Ansteckung und Tod verbreiten; das gravierende Hungerproblem, vor allem in Afrika; das unverantwortliche Verhalten, das den Raubbau der Ressourcen unseres Planeten befördert:

All diese Plagen bedrohen das Überleben der Menschheit, den Frieden des Einzelnen und die Sicherheit von Gesellschaften.

3. Doch alles kann sich verändern. Es liegt an jedem von uns. Jeder kann in sich sein Potenzial des Glaubens, der Redlichkeit, des Respekts für andere und der Hingabe für den Dienst am Nächsten entwickeln.

Selbstverständlich liegt es auch an den politischen Führern, die zum Dienst für das Gemeinwohl aufgerufen sind. Es wird Sie nicht verwundern, wenn ich vor einer Versammlung von Diplomaten gewisse Erfordernisse benenne, die meiner Meinung nach erfüllt werden müssen, wenn nicht ganze Völker oder gar die gesamte Menschheit in einem Abgrund versinken soll.

Zunächst „Ja zum Leben!“:

Das Leben selbst und das individuelle Leben aller zu respektieren. Damit beginnt alles, denn das Recht auf Leben ist das grundlegende aller Menschenrechte. (...)

(...) „Nein zum Krieg!“ Er ist niemals ein unabwendbares Schicksal. Er ist immer eine Niederlage der Menschheit. Das internationale Recht, der ehrliche Dialog, die Solidarität zwischen Staaten, das noble Meier der Diplomatie: Dies alles sind Methoden, die des Menschen und der Nationen zur Beilegung von Differenzen würdig sind. Ich sage das im Gedanken an jene, die immer noch ihr Vertrauen in Nuklearwaffen setzen, und an die viel zu zahlreichen Konflikte, die weiter unsere Menschenbrüder gefangen halten. Zu Weihnachten hat uns Bethlehem an die ungelöste Krise im Nahen Osten erinnert, wo zwei Völker das israelische und das palästinensische, aufgerufen sind, Seite an Seite zu leben, gleichermaßen frei und souverän, im gegenseitigen Respekt voreinander. Ohne wiederholen zu müssen, was ich Ihnen im vorigen Jahr an gleicher Stelle sagte, möchte ich heute angesichts der ständigen Verschlimmerung der Krise im Nahen Osten lediglich hinzufügen, dass eine Lösung niemals unter Rückgriff auf Terrorismus und bewaffneten Konflikt zu erreichen sein wird – so als ob militärische Siege zum Erfolg führen könnten.

Und was ist zur Bedrohung durch einen Krieg zu sagen, der die Bevölkerung des Irak treffen könnte, das Land der Propheten, ein Volk, das durch mehr als zwölf Jahre Embargo bereits erschöpft ist? Krieg ist niemals ein Mittel wie andere auch, das man wählen könnte, um Diffe-

renzen zwischen Völkern zu regeln. Wie uns die Charta der Vereinten Nationen und das internationale Recht erinnern, kann man – selbst wenn es darum geht, das Gemeinwohl sicher zu stellen – nur dann auf einen Krieg zurückgreifen, wenn es sich um das allerletzte Mittel handelt, unter Befolgung sehr strenger Bedingungen, und ohne die Folgen für die Zivilbevölkerung während und nach der Militäration zu vernachlässigen.

„Im Widerspruch zum Völkerrecht“

*Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz
zu einem möglichen Krieg gegen den Irak*

Das Ringen um Krieg und Frieden im Mittleren Osten geht weiter. Steht die Welt am Vorabend einer neuerlichen bewaffneten Auseinandersetzung oder werden doch noch Wege zu politischen Lösungen beschritten, um ein Blutvergießen zu vermeiden? Die politische Lage verändert sich von Tag zu Tag. In dieser Situation ist es wichtig, erneut ethische Prinzipien und christliche Optionen in Erinnerung zu rufen, wie wir sie in unserem Wort „Gerechter Friede“ dargelegt haben.

Wir wissen uns dabei in vollständiger Übereinstimmung mit dem Papst und mit der Kirche weltweit, deren Stimme in diesen Monaten der sich ständig weiter zuspitzenden Krise unüberhörbar ist. Dankbar stellen wir auch die Gemeinsamkeit mit den evangelischen Christen fest.

Erstens: Ein Staat, der mehrfach den Frieden mit den Nachbarländern gebrochen und dessen Regierung den brutalen Gewaltainsatz gegen die eigene Bevölkerung nicht gescheut hat, stellt ein Risiko für die internationale Ordnung dar, das die Weltgemeinschaft nicht igno-

rieren darf. Das gilt zumal, wenn das Regime erkennbar danach strebt, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Wir bejahen deshalb das Bemühen der Vereinten Nationen, Druck auf den Irak auszuüben, um eine Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verhindern und die irakische Angriffsfähigkeit so weit wie möglich zu schwächen. Insoweit eine politische Strategie letztlich auf die Vermeidung eines Krieges zielen muss, kann dabei unter Umständen das Mittel der Drohung sittlich erlaubt sein; keinesfalls jedoch darf diese Politik in eine Eskalationslogik geraten, die einen Krieg am Ende unvermeidlich macht.

Zweitens: Krieg ist immer ein schwerwiegendes Übel. Er darf darum überhaupt nur im Falle eines Angriffs oder zur Abwehr schlimmer Menschenheitsverbrechen, wie eines Völkermords, in Erwägung gezogen werden. Daher erfüllt es uns mit größter Sorge, dass das völkerrechtlich verankerte Verbot des Präventivkrieges in den letzten Monaten zunehmend in Frage gestellt wird. Es geht nicht um einen Präventivkrieg, sondern um Kriegsprävention! Eine Sicherheitsstrategie, die sich zum vorbeugenden Krieg bekennt, steht im Widerspruch zur katholischen Lehre und zum Völkerrecht. Darauf hat vor wenigen Tagen der Heilige Vater selbst mit allem Nachdruck hingewiesen: „Wie uns die Charta der Vereinten Nationen und das internationale Recht erinnern, kann man nur dann auf einen Krieg zurückgreifen, wenn es sich um das allerletzte Mittel handelt“. Ein präventiver Krieg ist eine Aggression, und er kann nicht als gerechter Krieg zur Selbstverteidigung definiert werden. Denn das Recht auf Selbstverteidigung setzt einen tatsächlichen oder einen unmittelbar bevorstehenden Angriff voraus, jedoch nicht nur die Möglichkeit eines Angriffs. Der Krieg zur Gefahrenvorbeugung würde das völkerrechtliche Gewaltverbot aushöhlen, politische Instabilität fördern und letztlich das ganze internationale System der Staatengemeinschaft in seinen Grundfesten erschüttern. Wir bejahen deshalb das Bemühen der Vereinten Nationen, Druck auf den Irak auszuüben, um eine Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verhindern und die irakische Angriffsfähigkeit so weit wie möglich zu schwächen. Insoweit eine politische Strategie letztlich auf

die Vermeidung eines Krieges zielen muss, kann dabei unter Umständen das Mittel der Drohung sittlich erlaubt sein; keinesfalls jedoch darf diese Politik in eine Eskalationslogik geraten, die einen Krieg am Ende unvermeidlich macht.

Drittens: Bei der Entscheidung über einen Einsatz militärischer Mittel müssen die absehbaren Folgen stets in Betracht gezogen werden. Kann man daran zweifeln, dass ein Krieg gegen den Irak aller Wahrscheinlichkeit nach eine Unzahl von Toten und Verwundeten, von Flüchtlingen und um ihre Existenz Gebrachten mit sich bringen würde? Auch drohen dann schwerste politische Verwerfungen im gesamten Nahen und Mittleren Osten, die die Erfolge der internationalen Allianz gegen den Terror gefährden. Fanatische islamische Fundamentalisten würden bei einem Krieg gegen den Irak möglicherweise überall in der Region an Einfluss gewinnen, und die jetzt schon starken Vorbehalte in der arabischen und muslimischen Welt gegen den Westen drohen sich weiter zu vertiefen. Werden nach einem Krieg die Aussichten auf Frieden, Stabilität und den Schutz der Menschenrechte in der Region verbessert?

Daher fordern wir alle Verantwortlichen auf, das in ihrer Macht Stehende zu tun, einen Krieg im Irak zu verhindern und – mit den Worten von Papst Johannes Paul II. – „das unheilvolle Flackern eines Konflikts, der mit dem Einsatz aller vermeidbar ist, auszulöschen“. Niemandem sind in dieser Stunde Resignation oder ein taktischer Opportunismus erlaubt, der sich mit dem scheinbar unaufhaltsamen Lauf der Dinge arrangiert. Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass die Weltgemeinschaft sich keineswegs zur Tatenlosigkeit verurteilt, indem sie die Option des Krieges zurückweist. Der Druck auf das Regime des Diktators Saddam Hussein und eine Politik der strikten Eindämmung seiner militärischen Handlungsfreiheit sind weiterhin erforderlich. Wir rufen alle Gläubigen auf, in diesen Tagen und Wochen im Gebet für den Frieden nicht nachzulassen. Im Gebet wenden wir uns an Christus, der die Friedensstifter selig gepriesen hat.

(Würzburg, 20. Januar 2003)

Es ist Mord!

Aufruf amerikanischer Veteranen zu Kriegsdienstverweigerung



Wir sind Veteranen der Streitkräfte der USA. Wir stehen mit der Mehrheit der Menschheit, einschließlich Millionen unseres eigenen Landes, in Opposition zu dem jetzt mit aller Kraft vorbereiteter Sieg der USA gegen den Irak. Wir waren in vielen Kriegen vertreten und zu verschiedenen Zeiten; wir haben verschiedene politische Ansichten, aber wir stimmen in dem überein, dass dieser Krieg falsch ist. Viele von uns glaubten, im Militär zu dienen sei unsere Pflicht, und es sei unsere Aufgabe, dieses Land zu verteidigen. Unsere Erfahrungen beim Militär ließen uns vieles von dem, was man uns lehrte, in Frage stellen. Nun sehen wir unsere wirkliche Aufgabe darin, euch, die ihr bei den US-Militärkräften seid, zu ermutigen, herauszufinden, in welchen Kampf ihr geschickt werdet, wofür ihr sterben sollt und welches die Folgen eurer Aktionen für die Menschheit sein werden. Wir rufen euch auf, die ihr euren Militärpflichtdienst ableistet, und ihr Reservisten, folgt eurem Gewissen und tut das Richtige.

Während des letzten Krieges wurde uns als Truppe befohlen, aus sicherer Entfernung zu morden. Wir zerstörten vieles vom Irak aus der Luft und töteten dabei hunderttausende, einschließlich Zivilisten. Wir erinnern uns an die Straße nach Basra – die Autobahn des Todes –, wo uns befohlen wurde, fliehende Irakis zu töten. Mit Bulldozern gruben wir Gräben und begruben die Leute bei lebendigem Leibe.

Die Verwendung von abgereicherter Uran hinterließ das Schlachtfeld radioaktiv. Übermäßige Anwendung von Pestiziden, Medikamenten im Versuchsstadium, verbunden mit brennenden chemischen Waffendepots und Ölfuern, schafften einen Giftcocktail, der die Gesundheit des irakischen Volkes genau so schädigte wie die der Kriegsveteranen von heute. Einer von vier Golfkriegsveteranen ist behindert/kriegsverletzt.

Während des Vietnamkrieges war uns befohlen worden, Vietnam von der Luft und vom Boden aus zu zerstören. In My Lai massakrierten wir 500 Frauen, Kinder und alte Männer. Dies war kein Irrtum. So führten wir den Krieg. Wir verwendeten gegenüber dem Feind das Agent Orange (ein Giftmittel) und, erfuhren so direkt seine Folgen und seine Wirkung. Wir wissen, wie posttraumatische Stressstörung aussieht und wie sie empfunden wird; denn die Geister von über zwei Millionen Männern, Frauen und Kindern verfolgen uns noch immer in unsern Träumen. Mehr, als in der Schlacht fielen, nahmen sich nach der Rückkehr das Leben.

Falls ihr entscheidet, euch an der Invasion in den Irak zu beteiligen, werdet ihr Teil einer Besatzungsarmee sein. Wisst ihr, was es bedeutet, in die Augen derer zu sehen, die euch zutiefst hassen? Ihr solltet darüber nachdenken, welches euer Auftrag wirklich ist. Ihr werdet ausgesandt, um ein Land zu besetzen und ein Volk zu überfallen, das – wie ihr und ich – nichts anderes versucht, als sein Leben zu leben und seine Kinder großzuziehen. Es stellt für die USA keine Bedrohung dar, auch wenn es einen brutalen Diktator als Herrscher hat. Wer sind die USA, dass sie dem irakischen Volk sagen, wer ihr Land regieren soll, wenn sogar viele in den USA nicht einmal glauben, dass ihr eigener Präsident legal gewählt wurde?

Von Saddam wird gesagt, dass er sogar sein eigenes Volk mit Giftgas bekämpft hat und dass er versucht, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln. Doch als Saddam sein schlimmstes Verbrechen beging, unterstützten ihn die USA. Die Hilfe bestand darin, ihn mit den Mitteln auszurüsten, um chemische und biologische Waffen zu produzieren.

Stellt dies den erschreckenden Folgen der wirtschaftlichen Sanktionen der USA gegenüber! Mehr als eine Million Irakis, vor allem Kinder und Kleinkinder, sind wegen der Sanktionen gestorben. Nachdem die ganze Infrastruktur ihres Landes zerstört war einschließlich der Krankenhäuser, der Generatoren und der Wasserwerke, stoppte die USA den Import von Waren, Medikamenten, Ersatzteilen und notwendigen chemischen Stoffen, die zur Wiederherstellung der grundlegenden Lebensbedürfnisse notwendig waren. Es liegt keine Ehre im Mord. Dieser Weg war – mit einem anderen Wort – Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg eine abgeworfene irrende Bombe Mutter und ihr Kind tötet, ist das kein »Kollateralschaden«, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg ein Kind an Durchfall stirbt, weil eine Bombe das Abwassersystem beschädigt hat, dann ist das nicht „Zerstörung der feindlichen Infrastruktur“, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg Vater an einer Herzattacke stirbt, weil eine Bombe das Telefonnetz unterbrochen hat und so Ambulanz nicht angerufen den kann, so ist dies nicht Neutralisierung von „Befehls- und -Kontrolleinrichtungen“, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg tausend arme Bausoldaten in einem Graben sterben, der eine Stadt verteidigen soll, in der sie ihr ganzes Leben verbrachten, dann ist dies kein Sieg über sie, sondern Mord.

Da wird es Veteranen geben, die Protestdemonstrationen gegen diesen Irakkrieg und eure Teilnahme daran führen. Während des Vietnamkrieges weigerten sich tausende in Vietnam und den USA. Befehlen zu gehorchen. Viele widersetzten sich und rebellierten. Viele wurden aus Gewissensgründen Verweigerer, und andere gingen lieber ins Gefängnis, als dass sie Waffen gegen den so genannten Feind einsetzten. Während des letzten Golfkrieges widerstanden viele GIs auf ver-

schiedene Weise und aus verschiedenen Gründen. Viele von uns kamen aus den Kriegen und schlossen sich der Antikriegsbewegung an. Falls die Völker der Erde jemals frei sein sollten, dann muss eine Zeit kommen, in der ein Weltbürger den Vorrang vor einem Soldaten einer Nation einnimmt. Jetzt ist die Zeit. Wenn der Befehl kommt, sich einzuschiffen, dann wird eure Antwort darauf einen immensen Einfluss auf das Leben von Millionen Menschen des Nahen Ostens und hier daheim haben. Eure Antwort wird den Kurs eures Lebens bestimmen. Auf dem ganzen Weg liegen die Entscheidungen noch bei euch. Eure Kommandeure erwarten von euch Gehorsam. Wir drängen euch aber nachzudenken. Wir erwarten von euch, dass ihr eure Entscheidungen nach eurem Gewissen macht. Wenn Ihr euch entscheidet. Widerstand zu leisten, werden wir euch unterstützen und neben euch stehen, weil wir inzwischen begriffen haben, dass dies gegenüber den Völkern der Welt und unserer gemeinsamen Zukunft unsere echte Aufgabe und Pflicht ist.

(aus: Publik-Forum 2/2003, s. 62f.)

FRANZISKANER IN DER UNO

Die Nöte der Kinder im Irak sehen!



Ein gemeinsames mündliches Statement
zu den Kinderrechten für die

UN-Kommission für Menschenrechte

57. Sitzungsperiode: Genf, 19. März–27. April 2001

Franciscans International möchte in einer gemeinsamen Stellungnahme mit Caritas Internationalis, dem Weltbund der Reformierten Kirchen, Pax Christi International, dem Kanadischen Kirchenrat, den Maryknoll-Schwestern des hl. Dominikus und den Maryknoll-Patres und -Brüder sowie in Verbindung mit den Dominikanern (Dominicans for Justice and Peace) und dem Zentralkomitee der Mennoniten die Kommission aufmerksam machen auf die Auswirkung der internationalen Sanktionen als Folge des Krieges und auf ihre schädigenden und zerstörerischen Konsequenzen für die Kinder.

UN-Konvention zu den Kinderrechten

Gemäß Artikel 38 der UN-Konvention zu den Kinderrechten verpflichten sich die Staaten dazu, ihrerseits die Regeln der auf Kinder anwendbaren Menschenrechten zu beachten und für ihre Beachtung Sorge zu tragen. Die Konvention erklärt auch, daß Teilnehmerstaaten „alle nur mögli-

chen Maßnahmen ergreifen sollen, um den Schutz und die Sorge für Kinder sicherzustellen, die von einem bewaffneten Konflikt betroffen sind.“ Artikel 3 der Konvention erklärt, daß bei allen Aktionen, die Kinder betreffen, ... das oberste Interesse des Kindes an erster Stelle der Erwägungen stehen soll. Diese Artikel werden täglich systematisch als Ergebnis von mehr als zehn Jahren Wirtschaftsanktionen gegen das irakische Volk verletzt. Die Menschenrechtsverletzungen irakischer Kinder sind von zahlreichen UN-Berichten beschrieben worden und haben auch zum Rücktritt von drei leitenden UN-Beamten geführt, die für das humanitäre Programm im Irak zuständig waren.

Delegation der Caritas zum Irak

Im Januar 2001 besuchte eine Delegation von Caritas Europa, begleitet von dem Präsidenten der Caritas des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie untergebracht bei ihrer irakischen artnetorganisation Confrérie de Chairité, den Irak und veröffentlichte einen Bericht über die verheerenden Auswirkungen der Sanktionen gegenüber der irakischen Bevölkerung.

Der Bericht der Caritas Europa zeigt, wie die Sanktionen gegen den Irak zu einem unsäglichen Leiden für Millionen von Menschen im physischen, mentalen und kulturellen Sinn geführt haben. Der Bericht legt dar, daß die Auswirkungen der Sanktionen – auch wenn sie heute aufgehoben würden – sicherlich auf viele Jahre hinaus noch zu spüren sein werden. Dies hat sich unauslöschlich der irakischen Psyche eingeprägt. Eine einstmals wohlhabende Nation wurde systematisch herabentwickelt, ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten beraubt und in tiefe Armut zurückgeworfen. Das unreine Gesellschaftsgefüge der irakischen Gesellschaft geht daran zugrunde.

Die überwältigende, von Caritas Internationalis gestützte Schlussfolgerung des Berichtes lautete, daß der derzeitige umfassende, vom

UN-Sicherheitsrat dem Irak auferlegte Sanktionskatalog unverzüglich aufzuheben ist. Eine neue Beziehung sollte von der internationalen Gemeinschaft und dem Irak begonnen und entwickelt werden. Eine derartige neue Beziehung sollte zu einer Situation führen, in der das derzeitige Kapitel eines maßlosen Leidens beendet wird.

Delegationen von Dominikanern aus den USA zum Irak

Dominikanische Schwestern und Brüder aus den USA besuchten den Irak seit 1999 drei Jahre lang nacheinander, um selber die verheerenden Folgen der Sanktionen für die Menschen zu sehen. Am Ende ihres Besuches in den Irak im vergangenen Monat erklärte die Delegation in einer Stellungnahme:

Während unserer zehn Tage im Irak waren wir Zeuge der Zerstörung eines Landes, seiner Menschen und Kultur. Es handelt sich um ein Vorgehen, das heimtückischer und weitreichender ist als alles andere in der Geschichte der Vereinten Nationen. Jeder Aspekt der irakischen Gesellschaft und Kultur ist von den Sanktionen negativ betroffen. 1980 besaß der Irak ein wirksames, alle umfassendes Gesundheitssystem und freie Schulerziehung für alle, dazu moderne Telekommunikationstechnologie sowie angemessene Energiequellen. Das Land hatte ausgeklügelte Systeme der Wasserbehandlung, die den Erfordernissen des größten Teiles der Bevölkerung gerecht wurden. Nun, nach zehn Jahren, ist die irakische Infrastruktur nicht länger in der Lage, das Gewicht der menschlichen Bedürfnisse zu tragen. Frauen im gebärfähigen Alter und vor allem Kinder leiden weiter unter hochgradiger Unterernährung, die zu einem Zurückbleiben der Entwicklung und zu einer verringerten Fähigkeit im Blick auf die Erreichung ihres vollen Entwicklungspotentials führt. Luft und Wasser sind voller Giftstoffe ... Die, die am meisten leiden, sind die Kinder, eine ganze Generation, die nichts anderes kennen gelernt hat als den Krieg. Nahezu 10 Millionen Iraker sind jünger als 15 Jahre ... Welche Hoffnung gibt es da als Nation, wenn

die Sanktionen ihnen sauberes Wasser, angemessene Nahrung, medizinische Behandlung und Erziehung vorenthalten? ...

Auswirkung auf die Kinder

Eine ganze Generation der nach dem Krieg geborenen Kinder ist über eine Periode von zehn Jahren hin ihres Rechtes auf angemessene Nahrungsversorgung beraubt worden, die ihr erlaubt hätte, sich normal zu entwickeln. Nach den Stellungnahmen einiger Dominikanermitglieder vor Ort sind viele Familien gezwungen, ihre Häuser, ihre Möbel und zuweilen ihre eigenen Kleider zu verkaufen, um sich selbst zu ernähren. Darüber hinaus hat die Länge der Krise die Grundlagen der traditionellen Praxis der Gegenseitigkeitshilfe in den Familien erschüttert. Eine zunehmende Zahl von Frauen finden sich auf sich selbst gestellt, um ihre Kinder aufzuziehen und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden. Die wirtschaftlichen Sanktionen haben eine verheerende Wirkung nicht nur für das Überleben der Kinder, sondern auch für ihre moralische, gesellschaftliche und psychologische Entwicklung, und dies unter Verletzung des Artikels 27 der Konvention der Kinderrechte.

Zusätzlich zu den Wirkungen der Sanktionen treffen wir auf die Auswirkung der Umweltverschmutzung im Irak, vor allem des vermindert angereicherten Uraniums, das chemisch und radiologisch giftig ist. Epidemiologische Studien zeigen, daß das vermehrte Auftreten von Abnormalitäten und Defekten an den Genitalien sowie Krebserkrankungen in allen Altersgruppen direkt in Zusammenhang damit stehen, daß die Menschen dem vermindert angereicherten Uranium ausgesetzt sind, sei es durch Einnahme, Einatmen oder Hautkontakt.

Darüber hinaus ist über zehn Jahre lang eine ganze Generation von Kindern ihres normalen Zugangs zur Schulerziehung beraubt worden. Das Sanktionssystem hat das übliche Angebot an Schulmaterialien ebenso behindert wie den Zugang zu Kultur, Wissenschaft und

neuen Technologien, die zuvor weit verbreitet waren. Das schwer auf dem Irak lastende Embargo hatte eine verheerende soziale Wirkung auf die Zivilgesellschaft. Es zerstörte elementare soziale Beziehungen sowohl im Bereich von Ausbildung als auch in dem des Handels. Dies ist in Berichten spezialisierter UN-Einrichtungen bestätigt worden. Die meisten der Opfer im Kindesalter waren noch nicht einmal zur Zeit des Golfkrieges geboren. Diese Kinder starben nicht als Folge des Kampfes. Diese unschuldigen Kinder starben als Folge der Maßnahmen, die von einer Organisation dekretiert worden ist, deren Sendung es ist, den Frieden und die Sicherheit dieser Kinder zu schützen. Wegen der Länge der Zeit, in der die Sanktionen in Kraft sind, sind sie nicht länger bloß wirtschaftlicher Art, sondern stellen eine humanitäres Problem dar. Indem sie Kinder über einen Zeitraum von 10 Jahren hin geschädigt und getötet haben, haben die Sanktionen die Zukunft eines ganzen Volkes in Gefahr gebracht. Wie vom UN-Generalsekretär anerkannt worden ist, ist es mehr denn je an der Zeit, diesen Prozeß rückgängig zu machen...

Empfehlungen

Franciscans International bittet daher in einer gemeinsamen Stellungnahme mit Caritas Internationalis, dem Weltbund der Reformierten Kirchen, Pax Christi International, dem Kanadischen Kirchenrat, den Maryknoll-Schwestern des hl. Dominikus und den Maryknoll-Patres und -Brüdern sowie in Verbindung mit den Dominikanern (Dominicans for Justice and Peace) und in Übereinstimmung mit der Botschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sowie mit dem Aufruf von Papst Johannes Paul II und der Synode der Asiatischen Bischöfe von 1988 die internationale Gemeinschaft, alle ihr möglichen Mittel zu ergreifen, um die Sanktionen, die die Kinder des Irak töten, zu beenden und im Blick auf diese Kinder die Einhaltung der Regeln der internationalen Menschenrechte zu garantieren.

BLICKPUNKT

Ordensleute für den Frieden setzen sich ein!

Sitzblockade und Mahnwache am 17.01.2003 vor der Airbase Frankfurt

Die „Ordensleute für den Frieden“ hatten in Frankfurt zu einer Sitzblockade und Mahnwache vor der Airbase aufgerufen, um ein klares Wort für den Frieden zu ergreifen, bevor die Kriegsmaschinerie ihren Lauf nimmt. Es gibt Dinge, die sich nicht aufschieben lassen – nicht durch andere Termine, die ach so wichtig sind, nicht durch „Sabbatgebote“, auch nicht durch Tradition oder Gepflogenheiten des Noviziats. Für uns als Novizen bei den Franziskanern war es neu, Fragen zu müssen, ob wir an einer Mahnwache für den Frieden teilnehmen dürfen. Aber nach kurzer Diskussion durften wir als Vertreter des Noviziats nach Frankfurt fahren – allerdings mit der Auflage, keine Anzeige oder Geldstrafe mit nach Hause zu bringen.

So kamen wir gegen 11.00 Uhr an der Airbase an. Da stand ein kleines Häufchen friedensbewegter Menschen und dazu eine Menge Polizisten: eine Reihe stand vor dem Eingang der Airbase – gerüstet mit Schlagstöcken, andere, die freundlich den Verkehr regelten und junge unruhig wirkende Polizisten, die mit Mikros und Kopfhörern mit der Einsatzzentrale verbunden waren, einer filmte uns. Irgendwo abseits stand ein Wasserwerfer. Das Polizeiaufgebot wirkte zu dem Häufchen ca. 80 sehr friedlich wirkender Menschen, die mit Spruchbändern für den Frieden eintreten wollten, grotesk.

Nachdem die Reihe in Grün schon selbst den Eingang der Airbase blockierte, und mit gelben Bändern abgesperrt hatte, den wir eigentlich besetzen wollten, bewegten wir uns auf die Straße davor, was die Sicherheitskräfte auch sofort unterbinden wollte. Die zur Blockade entschlossenen setzten sich auf die Zufahrtsstraße. Die Polizisten drängten

sich sofort als dichten Ring um uns und schuppten die in die Mitte der Straße, die die dritte Spur besetzen wollten. Zwei Straßenspuren waren also besetzt von einige Menschen, die „Kumbaya my Lord“ sangen und mit Transparenten ihr Anliegen kund taten. Pressemenschen, Fotokameras, Filmkameras, Mikros.

Sehr schnell kam aus dem Polizeibus die erste Aufforderung, die Straße zu verlassen. Der Bereich sei Privateigentum und es sei Hausfriedensbruch, sich hier zu befinden. Uns wurde angeboten, uns hinter die gelbe Absperrung zu stellen (also genau dahin, wo wir eigentlich ursprünglich wollten), dort könnten wir genauso wirksam auf unser Anliegen aufmerksam machen. Diese Aufforderung folgte noch zweimal und dann war es für alle Zeit, die keine Anzeige mit nach Hause bringen wollten, der Aufforderung Folge zu leisten. Die, die sitzen bleiben, bewiesen aber, dass sie sie unserem Anliegen für die Presse doch auf eindrücklichere Weise Ausdruck gaben. Jeder, der von der Polizei weggetragen wurde, wurde auch von Kamerateams begleitet.

Hinter der Absperrung war unterdessen Zeit, sich mit verschiedenen Leuten zu unterhalten.

Da war die ältere Frau, die uns beeindruckte. Sie hat den zweiten Weltkrieg miterlebt, weiß, was Krieg heißt und setzt sich deshalb hier für den Frieden ein. Wäre Friedensarbeit nicht auch ein lohnendes Thema in der Seniorenarbeit? Da waren die Gespräche mit den Polizisten und Polizistinnen. Oft werden sie bei Demonstrationen zum Feindbild, an dem sich viel aufgestauter Frust entläßt. Umgekehrt kriminalisiert das massive Aufgebot zu unrecht friedliche Demonstrationen. Viele der Polizisten unterstützen das Anliegen privat auch, sind aber im Dienst neutral und sind Ordnungshüter – auch zum Schutz der friedlichen Demonstranten. Die Gespräche waren sehr entspannt und interessant. Da war die Frau von der katholischen Presse. Sie fragt uns Novizen, warum wir hier sind. Ich fragte mich, warum sie nicht die Leserinnen fragt, warum sie nicht da waren. Sie fragt weiter, ob wir denn glauben, dass das etwas bringt. Ich glaube, dass jede Art von Widerstand eine

Wirkung hat und dass jedes Stillschweigen und Zusehen, noch mehr Wirkung hat – allerdings als Legitimation für die Mächtigen. Die Gespräche mit den anderen Teilnehmerinnen bauten gegenseitig auf. Frieden ist möglich und es ist eine andere Art von Gottesdienst, mit anderen Menschen guten Willens zusammen zu stehen und das Gefühl zu haben, Werkzeug für den Friedens sein zu dürfen.

Wir warteten, bis alle, die die Straße blockiert hatten, von der Polizei weggetragen, die Personalien aufgenommen waren und sie in den vergitterten Wägen zur Polizeistation wegfahren wurden. Freundlich löst sich die eigenartige Versammlung gegen 13:00 Uhr auf.

Zufrieden und mit Lust, vom Recht auf freie Meinungsäußerung, um das unsere Vorfahren hart gerungen hatten, weiterhin Gebrauch zu machen und uns im wahrsten Sinn des Wortes „für den Frieden einzusetzen“ führen wir zurück. Mit der Hoffnung auf Frieden und dem Wunsch, dass es selbstverständlich sei, dass (Ordens-)Leute sich für den Frieden einsetzen.

*Bruder Christoph ofm
Bruder Günter ofm*

Oekumenisches Friedensgebet 2003

*Du einziger Gott aller Menschen.
Du hast die Erde und den Kosmos geschaffen,
in ihrer Vielfalt, ihrer Schönheit, ihrer Zerbrechlichkeit.
Auch die verschiedenen Kulturen und Religionen
sind auf der Suche nach Dir, dem Ursprung von allem.
Du willst, dass alle füreinander nicht Bedrohung,
sondern ein Segen sind.*

*Unsere Eine Welt soll nach Deinem Willen
ein bewohnbares und friedliches Haus für alle sein.
Den Nahen Osten hast Du auserwählt,
Deinen Namen und Deinen Weg mit uns an zahlreichen
heiligen Orten bekannt zu machen.
Abraham, Vater des Glaubens für Juden, Muslime und Christen,
hörte Deinen Ruf im Land zwischen Euphrat und Tigris,
dem heutigen Irak.
Dem alten und neuen Volk Israel hast Du in besonderer Weise
Leben und Zukunft zugesagt.*

*Als Christinnen und Christen danken wir Dir aber vor allem
für unseren Herrn und Bruder Jesus Christus.
Er ist unser Friede.
Er ist gekommen, um Mauern nieder zu reißen
und allen ohne Unterschied Leben und Zukunft zu schenken.
Wir wissen uns in Gemeinschaft mit den christlichen Kirchen
des Nahen Ostens.
Sie legen Zeugnis ab für das Evangelium Jesu, für die Kraft der
Gewaltfreiheit und die Gewissheit der Auferstehung.
Wir beten zu Dir aber auch in Verbundenheit mit allen Brüdern
und Schwestern
aus jenen Religionen, die im Nahen Osten ihren Ursprung haben.*

*Uns alle hast Du nach deinem Bild und Gleichnis geschaffen,
alle sind Dein Ebenbild.
Allen, die Dich in Wahrheit suchen, hast Du den Hunger und Durst
nach Gerechtigkeit und die Sehnsucht nach Frieden eingegeben.
Alle, Muslime, Christen und Mitglieder des Volkes Israel,
sehen sich nach Versöhnung.
Alle trauern um die Opfer von Hass und Gewalt.
Alle sind nach Deinem Plan auch berufen, an einer neuen Welt
zu bauen.*

*So bitten wir Dich:
Erbarme Dich aller Opfer und aller Täter.
Beende die Spirale der Gewalt, der Feindbilder, des Hasses, der Ver-
geltung.
Schenke allen, besonders den Verantwortlichen in der Politik,
die Einsicht, dass der Weg zum dauerhaften Frieden nicht der Krieg,
sondern der Einsatz für Frieden in Gerechtigkeit ist.*



*Erwecke in allen abrahamitischen Religionen
auch heute Werkzeuge, Botinnen und Boten einer anderen Welt
Mach, dass die Herzen sich auf tun und der Krieg beendet ist,
noch bevor er beginnt.
Schenke dem Nahen Osten einen dauerhaften Frieden.
Lass eine sichere Heimat für alle entstehen.*

*Gib, Herr, dass alle Menschen guten Willens aus allen Religionen,
in Nord und Süd, Ost und West, in gemeinsamer Verantwortung,
die Berge der Missverständnisse abtragen,
die Gräben des Hasses zuschütten
und Wege für eine gemeinsame Zukunft ebnen.
Lass in der Einen Welt die Waffen schweigen.
Lass dafür den Ruf nach Frieden lauter werden,
für alle ohne Unterschied.*

*Herr, einziger Gott:
Mache alle zu Werkzeugen Deines Friedens.*

Herrmann Schalück ofm